



Liebe Leserin,
lieber Leser!

Arbeitsplätze in unserer Stadt zu schaffen, das ist die zentrale Aufgabe der Politik. Deshalb müssen politische Beschlüsse wie für das Logistik-Zentrum auf dem Siekanger zügig voran kommen. Gleiches gilt für die geplante Verbindung zwischen der ehemaligen A 388 und dem Güterverkehrszentrum – dann müssen die LKW nicht mehr durch Wohngebiete fahren. Das ist auch Umweltschutz für die In-



**Tom
Wedrins**

nenstadt – im Gegensatz zu einer „Umweltzone“, die erwiesenermaßen nichts bringt. Ausgerechnet die CDU macht sich zum Gegner des Einzelhandels, der Innenstadtbewohner und der Wirtschaft. Ihr unsinniges Symbol ohne Wert schafft mehr Bürokratie. Wir machen lieber das, was etwas bringt: moderne Busse, ein verbesserter Verkehrsfluss und keine Umleitung von der Autobahn durch die Stadt. Warum die CDU massiv ihre Anhänger verprellt, das ist Thema vieler Gesprächsrunden in der Stadt. Vielleicht besinnt sich ja der eine oder andere bis zur Ratsitzung am 7. November 2008.

Ihr Tom Wedrins

Innenstadt ohne Luxus

Fördermittel für behutsame Aufwertung sind in Sicht

Im Rat und seinen Ausschüssen ist die Innenstadt ein echter Dauerbrenner. Die Stadtpolitik diskutiert deren Veränderungen anhand konkreter Projekte, für die zur Zeit die Weichen gestellt werden.

„Mit dem Investoren-Wettbewerb für das Stadtbad-Areal, mit der Museumsmeile und der tollen Idee eines Kunstquartiers ist die Stadt auf dem richtigen Weg“, gibt sich SPD-Fraktionschef Tom Wedrins optimistisch.

Dazu kommt die Sanierung der Fußgängerzone, für die ein Wettbewerb gestartet wurde, dessen erste Ergebnisse nun vorgestellt wurden. Und genau an diesem Punkt mahnt die SPD zur Vorsicht: „Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht verzetteln.“ Alle Projekte seien für sich gesehen toll und wichtig, doch der Haushalt gebe nicht alles auf einmal her.

Deshalb müsse die Stadtpolitik gemeinsam mit Oberbürgermeister Wolfgang Meyer Prioritäten setzen und Schritt für Schritt vorgehen. In Ruhe werde die Finanzierung geprüft und ein Finanzplan aufgestellt. Schließlich müsse noch ausreichend Haushaltsspielraum für die Schulpolitik, die Bekämpfung der Kinderarmut und auch für die Verbesserung der Kin-



Die Fußgängerzone ist zwar ein bisschen in die Jahre gekommen, aber für eine Komplettsanierung besteht kein Anlass. *gaf*

derbetreuung bleiben. Wedrins: „Eine Komplettsanierung der Fußgängerzone von Norden nach Süden würde den Haushalt sprengen, deshalb müssen wir sehen, was kurzfristig realisierbar ist. Zudem würden die Anlieger mit Ausbau-Abgaben belastet, die auf die Ladenmieten durchschlagen würden.“

Kleine Verbesserungen wie eine neue Möblierung und neue Lampen seien sinnvoll, auch die Teilsanierung an den Stellen, wo Leitungen zu erneuern sind, aber nicht ohne konkreten Anlass. Wedrins: „Viele, die Göttingen besuchen, freuen sich über unsere schöne Innenstadt und die Fußgängerzone. Sie schütteln mit dem Kopf,

wenn sie die Schilder für den Fußgängerzonen-Wettbewerb sehen.“ Unverständnis könne man auch zahlreichen Leserbriefen entnehmen.

Untätig bleibe die Stadt trotzdem nicht, da ihr vom Land 1,2 Millionen Euro für die Innenstadt zugesagt wurden. Wedrins: „Wir sollten damit einzelne Bereiche behutsam neu gestalten.“ Das gelte für die Seitenstraßen, so wie in der Langen- und Kurzen-Geismarstraße vorgegangen wurde. Auch sei denkbar, die Burgstraße zur Fußgängerzone umzuwandeln. Dieser von Oberbürgermeister Meyer unterbreitete Vorschlag habe Augenmaß und helfe der Innenstadt am besten.

Den Leineberg im Blick

Klaus-Peter Hermann: Wohngebiet nicht abhängen!



Die Schule gehört zu den Pluspunkten des Leinebergs, der Pauschalkritik noch lange nicht verdient hat.

gaf

Zugegeben, der Leineberg ist in die Jahre gekommen. Das Wohngebiet wurde in den 60er Jahren zu Zeiten großer Wohnungsnot in Göttingen aus dem Boden gestampft. Heute gibt es hier einigen Erneuerungsbedarf.

Dabei hat dieser Stadtteil eine Menge zu bieten, wie es SPD-Ratsherr und Leineberg-Bewohner Dr. Klaus-Peter Hermann formuliert: Wohnraum in Größe und Preis gut durchmischt, viel Grün, Kindertagesstätten und -

gärten, eine erstklassige Schule, tolle Spielplätze, ein städtisches Kinderhaus, das Jugendzentrum am Gartetalbahnhof, sportliche Aktivitäten und die Nähe zur Innenstadt, um nur einige Punkte zu nennen.

Nicht erst ein provozierend negativer Artikel in der örtlichen Tagespresse habe es deutlich gemacht: Viele Leineberger stehen uneingeschränkt zu ihrem Stadtteil und haben dies mittels Leserbrief auch kundgetan. Natürlich wünschen sich zahlreiche

Bürger mehr direkte Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, aber wie leider in so vielen Teilen Göttingens gibt es am Leineberg keine eigene Bürgervertretung wie etwa einen Ortsrat.

Die privat initiierte Stadtteilrunde Leineberg kann das nach Klaus-Peter Hermanns Beobachtung allein nicht auffangen. Eine besondere Rolle als kulturelles und soziales Zentrum des Leinebergs spielt seit vielen Jahren die evangelische Thomaskirche. Dies hat auch der Göttinger Stadtrat mehrheitlich so gesehen, als er sich auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion bei der Landeskirche in Hannover für den Erhalt der auf Grund von Sparzwängen in seinem Bestand gefährdeten Kirchengemeinde mit ihrer Pfarrstelle eingesetzt hat. Parallel dazu unterstützen die Sozialdemokraten die Stadtverwaltung bei ihren Bemühungen um Fördermittel, um gemeinsam mit der Kirchengemeinde eine wohnortnahe Betreuung älterer Mitbewohner einzurichten. Durch ein entsprechendes Umfeld soll es den Menschen ermöglicht werden,

solange wie möglich sicher und versorgt in ihrer angestammten Wohnumgebung zu verbleiben.

Dazu gehört auch die Sicherung der Nahversorgung. Die SPD-Fraktion beobachtet die kritische Situation im Einkaufszentrum Allerstraße mit Sorge und denkt intensiv über tragfähige Alternativen nach. Die Städtische Wohnungsbau-Gesellschaft wird in nächster Zeit mit umfangreichen Sanierungsarbeiten im Wohnbestand am Leineberg beginnen und damit die Wohnungen den geänderten Ansprüchen der heutigen Zeit anpassen.

Seit dem vergangenen Jahr ist der Leineberg auch Bestandteil eines interdisziplinären Forschungsvorhabens. Unter dem komplizierten Titel „Nachfrageorientiertes Nutzungszyklusmanagement“ sollen unter Einbeziehung von Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungseigentümern, Mietern und Investoren zunächst eine Analyse und dann Handlungsmöglichkeiten für die Instandsetzung, Modernisierung und Weiterentwicklung des Stadtteils Leineberg aufgezeigt werden.

„Ich wohne seit über 40 Jahren gern am Leineberg“, bestätigt SPD-Ratsherr Dr. Klaus-Peter Hermann, „und ich werde alles daran setzen, dass dieser Stadtteil eine gute Zukunft hat“.

Seit genau einem Jahr arbeitet in einem Pavillon an der „Alten Phywe“ die „Produktionsschule“ der Stadt. Die von der Beschäftigungsförderung Göttingen und der Heinrich-Heine-Hauptschule als deren Außenstelle getragene Einrichtung mit Vorbild in Dänemark hat das Ziel, ihre Schülerinnen und Schüler zum Schulabschluss zu führen, den sie an einer Regelschule wahrscheinlich nicht erreichen würden.

Stress mit Lehrern, Mitschülern und Eltern sowie Konzentrationschwierigkeiten sind häufig Ursache dafür, dass Schüler sich dem Unterricht verwei-

Weniger Schulabbrecher

gern. Das erfuhren die Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion, die zusammen mit der Göttinger Landtagsabgeordneten Dr. Gabriele Andretta und der schulpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Frauke Heiligenstadt, die Einrichtung vor Ort besuchten.

Die Lern- und Lehrmethoden sind stark praxisbezogen. Die vier Schülerinnen und acht Schüler lernen mit fünf teilzeitbeschäftigten Betreuern in der Werkstatt, Holzprodukte herzustellen. Im Bereich Hauswirt-

schaft werden lebensnahe Praktiken vermittelt.

„Bei Schülern mit bislang massivem schulverweigerndem Verhalten ist das Ergebnis mit insgesamt nur 2,8 Prozent unentschuldigter Fehltag bei den Altschülern und 6,5 Prozent bei den Neuschülern als sehr positiv zu bewerten“, heißt es im offiziellen Zwischenbericht der auf fünf Jahre als Modellprojekt laufenden Einrichtung. Erwähnt wird, dass die Schüler an ihren Herkunftsschulen deutlich massivere Fehlzeiten aufwiesen.

Die Schüler selbst leben mit deutlich geringeren Belastungen, wie eine ihrer Antworten an die Besucher aus der Politik zeigt. „Aber unbedingt“, war die heftig kopfnickende Antwort auf die Frage an Jonas (14), ob der Stress mit den Eltern nun wohl geringer sei.

Momentan kommen wesentliche Mittel aus dem Projekt „Soziale Stadt Grone“, aus einem Sonderetat der kommunalen Beschäftigungsförderung und aus dem Haushalt der Stadt (20.000 Euro für Sachmittel), während das Land nur 16 Lehrerwochenstunden und 13.000 Euro jährlich beisteuert.



Humoristische Abwandlung eines Verkehrsschildes am Beginn einer Umweltzone.

An der Luftmess-Station „Göttingen – Verkehr“ (Bürgerstraße) wurde im Jahr 2006 der zulässige Grenzwert für Feinstaub an 48 Tagen überschritten. Im Jahr 2007 waren es zwar bei 35 erlaubten nur noch 23 Tage, aber nach europäischem Recht ist die Stadt nun verpflichtet, einen „Luftreinhalte- und Aktionsplan“ zu erstellen.

Eine ganze Zeit lang diskutierten die städtischen Gremien unter Einbeziehung von Fachleuten und Landesvertretern die in den Plan aufzunehmenden Maßnahmen. Dazu gehörte von Anfang an die weitere Modernisierung der Stadtbusflotte und ein besserer Verkehrsfluss auf dem Stadtring. Die Idee, einzelne Buslinien aus der Innenstadt

Emotionen ohne Substanz

Umweltzone: Symbol mit vielen Nebenwirkungen

zu verbannen, wurde verworfen. Alles ging ganz sachlich ab. Doch dann tagte der Umweltausschuss.

Am 23. September 2008 endete abrupt jede Sachlichkeit. Horrorszenarien wurden ausgebreitet, Fakten vom Tisch gewischt. So fand sich eine schwarz-grüne Ausschuss-Mehrheit für die Ausweisung einer Umweltzone, von der allerdings niemand genau sagen konnte, wer von ihr wie betroffen sein würde. Schlimmer noch: Ihre Protagonisten sprachen einerseits von der Innenstadt, aber andererseits auch vom gesamten Stadtgebiet und sogar den umliegenden Gemeinden.

Inzwischen hat die Stadtverwaltung klare Fakten vorgelegt. Die „Umweltzone Innenstadt“ brächte maximal eine durchschnittliche Entlastung von 2,2 Prozent, allerdings nur, wenn keinerlei Ausnahmen zugelassen würden. Die sind aber einklagbar.



Die Luftmess-Station an der Bürgerstraße liefert die Daten – die Politik muss jetzt über Schritte für saubere Luft entscheiden.

Haus und Grund spricht von einem „Possenspiel im Rathaus“, bei dem wider besseres Wissen eine sinnlose Maßnahme beschlossen werden soll. Pro City sieht in der Zone „eine starke physische und psychische Einschränkung für die Kunden und Benutzer der Innenstadt“ und verweist auf schlechte Erfahrungen anderer, wesentlich

größerer Städte. Auch der Einzelhandelsverband sieht psychologische Hemmnisse. Er fragt: Welcher Umlandbewohner besorgt sich für gelegentliche Besuche der Göttinger Innenstadt extra eine Umweltzonen-Plakette, wenn die umliegenden Mittelzentren und die „Grüne Wiese“ plakettensfrei sind?

Das Gerhard-Merker-Zentrum Auf dem Hagen war bis auf den letzten Platz gefüllt, als am 24. September die Sozialverwaltung der Stadt die Pläne für die Bebauung der Grundstücke Holtenser Landstraße 2 bis 28 erstmals auch vor Ort vorstellte. An der Holtenser Landstraße sollen einem SPD-Ratsantrag folgend bezahlbare Wohnungen etwa für Mehrkinderfamilien entstehen.

Bei der Stadt sind derzeit über 30 Familien mit mehr als drei Kindern zur Vermittlung gemeldet, die passenden Wohnraum in Göttingen suchen. Neben Mehrkinderfamilien wird aber auch an gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen unter einem Dach gedacht, außerdem wer-

Häuser für Kinderreiche

den im Parterre eines jeden Hauses barrierefreie Wohnungen geschaffen. Man hat also eine vielschichtige Bewohnerstruktur im Auge und möchte insgesamt eine deutliche Aufwertung des Gesamtareals erreichen. Die vorgelegte, noch veränderbare „Angebotsplanung“, die sich nach den Wünschen der künftigen Mieter richten soll, rief bei den künftigen Nachbarn jedoch eher Unsicherheit und Ängste hervor.

Man möchte am liebsten schon jetzt genau wissen, wer hier künftig wohnt und wie das Areal langfristig aussehen wird. Es scheint kennzeichnend für unsere Gesellschaft zu sein,

dass unter Mehrkinderfamilien gleich immer einkommensarme Familien außerhalb des Arbeitsprozesses verstanden werden, zu denen man skeptische Distanz wahren möchte. „Derartige Befürchtungen sind unberechtigt“, stellte SPD-Rats Herr Frank-Peter Arndt fest, „Familien mit Wohnberechtigungsschein verfügen in der Regel über ein mittleres Einkommen und haben mit den bekannten Problemfällen des Maschmühlenweges oder den ehemaligen Bewohnern der alten Häuser an dieser Stelle nichts zu tun“.

Im Vordergrund der Bürgerbedenken stand eine mögliche

„Schlacht um die Parkplätze“. Aus dem Kreis der Anwesenden kam – getragen von einer Ortskenntnis, die sonst nur in Ortsräten abrufbar ist – der Lösungsvorschlag, die im Rahmen der Kanalsanierung eingerichteten Behelfsparkplätze in der Verlängerung des Beekweges nicht wieder zurückzubauen und damit Entlastung zu schaffen (siehe Seite 4!).

Die Diskussion wird in den öffentlich tagenden Fachausschüssen des Rates fortgesetzt. Eine mögliche Lösung deutete Frank-Peter Arndt bereits an: „Ein neues Haus weniger schafft mehr Platz im Außenbereich und stellt gleichzeitig Geld für eine wünschenswerte Unterkellerung der restlichen Häuser frei.“

Guter Start für die Blaue Tonne

Trotz der Klage eines privaten Entsorgungsbetriebes ist es der Stadtreinigung Göttingen gelungen, innerhalb kurzer Zeit 18.000 Blaue Tonnen zu verteilen und regelmäßig zu leeren. So müssen 85 Prozent der Göttinger Bevölkerung ihr Altpapier nicht mehr zu den zentralen Sammelplätzen bringen, wie die umweltpolitische Fraktions-sprecherin Renate Bank erfreut feststellt. Nur 3.000 Grundstücke wurden nicht an die Blaue Tonne angeschlossen.



Renate Bank

Der kommunale Eigenbetrieb hat inzwischen 219 Großcontainer abgebaut. In der Innenstadt stehen dagegen weiter 13 zentrale Sammelbehälter zur Verfügung. Außerdem werden weiter Bündelsammlungen der Vereine und Initiativen durchgeführt, deren Aufkommen insgesamt nach einem ersten Zwischenergebnis nicht zurück gegangen ist. Renate Bank: „Insgesamt steigt die Altpapiermenge.“

Impressum

RATHAUS aktuell
Informationsdienst
der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt
Göttingen, Zi. 199,
Neues Rathaus,

37070 Göttingen,
Telefon 0551 / 400-2290,
Fax 400-2060, E-Mail:
spd-fraktion@goettingen.de
www.spd-goettingen.de/
fraktion

Redaktion und Gestaltung
Redaktionsbüro
Gerd Aschoff, Göttingen,
Tel. 0551 / 24834

Druck
PR Rasch, Göttingen

Provisorium auf Dauer

Die Auf dem Hagen/Unter der Pfalz ursprünglich nur als Ersatzparkplätze für die Zeit der Kanalsanierung im Beekweg eingerichteten Stellplätze werden möglicher Weise auf Dauer erhalten. Das geht aus der Antwort der Stadtverwaltung auf eine entsprechende Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion hervor. In der Antwort heißt es: „Gründe, die gegen den Erhalt sprechen, sind zur Zeit nicht erkennbar.“

Als „sehr erfreulich“ wertet der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Frank-Peter Arndt die Antwort der Verwaltung. „Wir sind nun sicher, dass wir die

Parkplätze für die Zukunft erhalten können. Warum soll man denn nicht ein Provisorium zum Dauerzustand machen, wenn es sich bewährt hat?“, fragt Arndt. Die Parkplätze werden von den Anwohnern sehr gut angenommen. Er verweist zudem auf Baupläne im Areal: „Die vorgesehene Entwicklung mit neuen Wohnungen an der Holtenser Landstraße erfordert eine Verbesserung der Parksituation.“

Dafür sei auch nur Grunderwerb in geringem Umfang erforderlich. Eine genaue Kostenschätzung soll nun dem Bauausschuss vorgelegt werden.



Vorbildlicher Verein

Über die vorbildliche Jugendarbeit im Sportverein hat sich die SPD-Stadtratsfraktion vor Ort bei Sparta Göttingen informiert. Der 1970 gegründete Verein, so berichtete „Sparta-Legende“ Hansi Lechte den Ratsmitgliedern, legt viel Wert auf eine gelungene Integrationsarbeit mit den 250 jugendlichen Mitgliedern, deren Migrationshintergrund sehr verschieden ausfällt.

Sparta, überwiegend im Fußball aktiv, verfügt über einen Kunstrasenplatz, den der Verein kostenlos nutzen kann, solange die finanzielle Eigenbeteiligung noch nicht „aufgebraucht“ ist. Positiv äußerten sich Lechte und die Vereinsvertreter Dirk Hahner und Jens Richter über die Zusammenar-

beit mit der Göttinger Sport- und Freizeit-Gesellschaft. Sparta hat Ende der 90er Jahre sein Vereinsheim mit großem Engagement im ehemaligen Hausmeisterhaus der benachbarten Gesamtschule eingerichtet. Zudem arbeitet der Verein im Weststadt-Forum mit.

Die aktiven Jungen und Mädchen werden von Anfang an ins Vereinsgeschehen eingebunden, machen Jugendleiter-Scheine und qualifizieren sich für Trainerlizenzen. Positiv fielen auch die Äußerungen zur Absicht der SPD-Fraktion aus, die Vereinsbeiträge sozial schwacher Jugendlicher künftig von der Stadt zu finanzieren. Lechte: „Das hilft uns sehr, keine Jugendlichen abweisen zu müssen.“

ganz kurz

Kinderarmut

Jedes fünfte Kind in Göttingen ist von Armutrisiken betroffen. Das ist das traurige Ergebnis des Masterplans gegen Kinderarmut, der dem Sozial- und Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurde. Angekündigt ist nun eine Einladung zum „Fachforum gegen Kinderarmut“ von Oberbürgermeister Wolfgang Meyer an alle gesellschaftlichen Kräfte in der Stadt. Dort sollen konkrete Vorschläge erarbeitet werden. „Wir wollen gleiche Lebenschancen für jedes Kind in unserer Stadt“, formuliert Ratsherr Klaus-Peter Hermann den Anspruch der SPD-Fraktion.

Festhalle zur GWG?

In der SPD-Stadtratsfraktion gibt es Überlegungen, die städtische Weender Festhalle dem Veranstaltungsmanagement der GWG zu übertragen. Die Göttinger Wirtschaftsfördergesellschaft, die bereits Lokhalle und Stadthalle vermietet, könnte für eine bessere Auslastung sorgen, auch sei es möglich, bedarfsgerechte Investitionen zu tätigen.

Für DT und GSO

Der Kulturausschuss der Stadt hat das Land Niedersachsen aufgefordert, mit den beteiligten Vertragspartnern in Nachverhandlungen über die laufenden Zuwendungsverträge des Landes mit der GmbH des Deutschen Theaters und dem Göttinger Symphonie-Orchester einzutreten. Hintergrund sind hohe Kostensteigerungen, an denen sich das Land fünf Jahre lang nicht beteiligen will.

Schnell und direkt

Über unsere Initiativen informieren wir Sie laufend auf unserer Homepage www.spd-goettingen.de/fraktion. Für alle direkten Fragen steht Ihnen gerne unser Fraktionsbüro im Neuen Rathaus unter Telefon 400-2290 zur Verfügung.